

LOCAL GOVERNMENTS' RENEWABLES DECLARATION

Erklärung der Städte und Gemeinden zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien

Wir, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden der Welt, ihren Verbänden und Netzwerken, haben aus Anlass der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien „renewables 2004“ und der Konferenz „local renewables 2004“ die folgende Erklärung beschlossen:

Der Kontext

Energie ist ein Kernelement nachhaltiger Entwicklung, da sie von wesentlicher Bedeutung für wirtschaftliches und soziales Wohlergehen ist, ihre Nutzung aber Umwelt und Weltklima ernstlich bedroht. Auf Regierungsebene hat man begonnen, sich mit dieser Herausforderung auseinander zu setzen: Das Kyoto-Protokoll zur UN-Klimarahmenkonvention fordert die „Erforschung und Förderung, Entwicklung und vermehrte Nutzung von neuen und erneuerbaren Energieformen“, der Aktionsplan des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ruft dazu auf, „den Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Energieversorgung zu erhöhen“. In den Entwicklungszielen für das Millennium werden entscheidende Schritte in Richtung Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung angemahnt, und die Koalition gleichgesinnter Länder zur Förderung erneuerbarer Energien (Johannesburg Renewable Energy Coalition) zielt auf staatliche Selbstverpflichtungen für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Verringerung der Energiearmut ab.

Wir, Städte und Gemeinden, wissen, dass die heutigen Stadtstrukturen überall auf der Welt auf eine Versorgung mit fossiler Energie ausgerichtet sind. Diese Abhängigkeit von endlichen Ressourcen birgt erhebliche Risiken für unsere Städte, verursacht aller Wahrscheinlichkeit nach einen Klimawandel, der sich wiederum auf die Städte auswirkt, und bedroht in hohem Maße städtische Lebensräume und Lebensqualität. Gleichzeitig führt Energiearmut in Städten und insbesondere im ländlichen Raum zu schweren sozialen und gesundheitlichen Problemen und erhöht den Druck auf städtische Ballungsgebiete.

Da diese Probleme dringend einer Lösung bedürfen, sind weltweit Tausende von Städten und Gemeinden Verpflichtungen zum Kampf gegen den Klimawandel und zum Einsatz für nachhaltige Entwicklung eingegangen. So haben sie, in enger Abstimmung mit Bürgerinnen und Bürgern, eine Lokale Agenda 21 verabschiedet und lokale Programme für Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung ins Leben gerufen. An vielen erfolgreichen Beispielen ist abzulesen, was eine entschlossene kommunale Politik auf diesem Gebiet erreichen kann.

Durch gemeinsame Verpflichtungen und Konzepte, Erfahrungsaustausch und gegenseitige Unterstützung haben Städtenetzwerke und -verbände sowie regionale und weltweite Städtepartnerschaften durch diese Anstrengungen und Erfolge einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Kommunen und erneuerbare Energie

Wir, Städte und Gemeinden, haben erkannt, dass in unseren Städten eine weitreichende Wende zu einem nachhaltigen Energiesystem dringend erforderlich ist. Ohne diese grundlegende Strukturveränderung sind Städte und Gemeinden nicht überlebensfähig. Der Umstieg auf erneuerbare Energien und die dafür notwendige signifikante Steigerung der Energieeffizienz werden dazu beitragen, die Auswirkungen von Energieerzeugung und -verbrauch auf Gesundheit und Umwelt zu verringern, die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region zu fördern und die Abhängigkeit von Energieimporten zu minimieren. Mit der Nutzung erneuerbarer Energien aus örtlichen und regionalen Quellen können unsere Städte und Gemeinden jene Selbständigkeit zurückgewinnen, die sie im Laufe der Jahre verloren haben, und in dem damit verbundenen Lernprozess ihre Selbstverwaltung auf- und ausbauen.

Besonders bei der dezentralen Nutzung erneuerbarer Energien spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle. Die lokale Politik ist komplementär zu den anderen Ebenen: Nationale Regierungen müssen geeignete Rahmenbedingungen schaffen, lokale müssen konkrete Investitionen in Technologien zur Nut-

zung erneuerbarer Energien fördern. Damit sind die Städte vor allem für die Umsetzung einer Politik zum Ausbau der erneuerbaren Energien zuständig. Da ein nachhaltiges Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien naturgemäß dezentral organisiert ist, werden nationalen Strategien und Maßnahmen ohne einen engagierten Beitrag der lokalen Ebene langfristig der Erfolg versagt bleiben und umgekehrt.

Die Rolle der Kommunen

Die Kommunen können in ihren eigenen Einrichtungen und Gebäuden durch Energiemanagement und rationelle Energienutzung, Nutzung von Abwärme und Beschaffung von Ökostrom den Anteil erneuerbarer Energien deutlich erhöhen. Darüber hinaus haben die Kommunen beträchtlichen Einfluss auf die örtlichen Strukturen von Energieerzeugung und -verbrauch:

In unserer **Stadt- und Raumplanung** legen wir entscheidende lokale Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen fest, indem wir etwa Siedlungs- und Infrastrukturen schaffen, die die passive und aktive Nutzung der Sonnenenergie begünstigen, oder in Planungsverfahren Standorte für Biomasse- und Windkraftanlagen vorsehen.

Mit **lokalen Verordnungen und finanziellen Anreizen** geben wir bestimmten Energieträgern den Vorzug, beispielsweise durch Auflagen zum Einsatz von Solarthermie in Gebäuden, durch Subventionen, Rabatte und Steuervergünstigungen für erneuerbare Energieanlagen.

Mit **Investitionen in die Infrastruktur** schaffen wir die Voraussetzungen für die Nutzung von Abwärme und Wärme aus erneuerbaren Energien. Insbesondere durch Fern- und Nah-Wärme- oder Kühlungsnetze schaffen wir die Voraussetzungen für den Einsatz der Kraft-Wärme- oder Kältekopplung.

Indem wir eine **Kooperationen und neue Finanzierungskonzepte** initiieren, fördern und moderieren, bringen wir Investoren, Anbieter und Konsumenten zusammen, um gemeinsam erneuerbare Energieprojekte zu realisieren.

In **Modellvorhaben** unterstützen wir die Einführung innovativer Techniken und tragen durch den Einkauf von Ökostrom zur Belebung des Marktes für erneuerbare Energien bei.

Durch die **Sensibilisierung und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft** stellen wir die Akzeptanz von Projekten zur Förderung erneuerbarer Energien sicher und unterstützen die Verbreitung entsprechender Technologien.

Alle diese Politikoptionen sind spezifische Chancen auf lokaler Ebene und spezifische Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden. Die natürlichen Gegebenheiten, die Verfügbarkeit von Ressourcen, die institutionellen und finanziellen Voraussetzungen unterscheiden sich zwar erheblich zwischen Nord und Süd, zwischen Stadt und Land, aber die technischen Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien und die verfügbaren politischen Instrumente sind in Industrie- und Entwicklungsländern grundsätzlich ähnlich.

Dennoch sehen sich Städte und Gemeinden in Entwicklungsländern besonderen Herausforderungen gegenüber, vor allem dem in manchen städtischen und vielen ländlichen Räumen fehlenden Zugang zu Energie und dem Mangel an institutionellen und finanziellen Möglichkeiten, diese Probleme anzugehen. Um, wie im Johannesburg-Aktionsplan formuliert, „den Zugang zu zuverlässigen, erschwinglichen, wirtschaftlich tragbaren, sozial- und umweltverträglichen Energiedienstleistungen und -ressourcen zu verbessern“, sind Maßnahmen auf lokaler Ebene und ein aktiver Beitrag der Städte und Gemeinden erforderlich. Passgenaue Lösungen sind erforderlich, besonders angesichts der unterschiedlichen Struktur und Dichte des Energiebedarfs und der Verfügbarkeit von Geldmitteln in ländlichen und städtischen Räumen. Städte und ihr Umland sollten zu ihrem gegenseitigen Nutzen regionale Strategien verfolgen, um die Armen mit sauberer Energie zu versorgen und so gleichermaßen die Lebensqualität verbessern und die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Verpflichtungen

Wir verpflichten uns zu engagierten, konsequenten und langfristigen Strategien und Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in unseren Kommunen und ermuntern hiermit andere Städte und Gemeinden, Gleiches zu tun.

Wir werden **systematisch vorgehen** und die folgenden Schritte einleiten:

Ermittlung des lokalen Potenzials für erneuerbare Energien,
Erarbeitung und Umsetzung von Aktionsplänen,

Überwachung der erzielten Fortschritte und
Berichterstattung über messbare Ergebnisse.

Dabei werden wir die folgenden **Grundsätze** beachten:

Die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energieträger müssen Hand in Hand gehen. Wir werden uns bemühen, beides in optimal zu verknüpfen und so die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen verbessern.

Wir werden in Betracht ziehen, dass wir als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit entsprechenden Verantwortlichkeiten und Aufgaben im Hinblick auf die Bereitstellung öffentlicher Dienste und die Anwendung marktpolitischer Instrumente im Sinne übergeordneter Ziele im Dienste unserer Gemeinwesen stehen.

Wir werden globale Gerechtigkeit und die globalen Wirkungen lokaler Politik berücksichtigen und in Partnerschaft mit Städten und Gemeinden in anderen Teilen der Welt zusammenarbeiten.

In allen unseren Bemühungen um den Ausbau erneuerbarer Energieträger werden **Nachhaltigkeitskriterien** eine zentrale Rolle spielen:

Wir werden soziale und gesundheitliche Aspekte berücksichtigen, die Beteiligung unserer Bürgerinnen und Bürger sicherstellen, auf soziale und Geschlechtergerechtigkeit achten und unsere Energiepolitik mit Armutsbekämpfung zu verknüpfen suchen.

Wir werden Umweltaspekte wie Naturschutz und Reduktion von Geräuschemissionen berücksichtigen.

Wir werden ökonomische Aspekte berücksichtigen, kostengünstigen Lösungen speziell im Rahmen eines integrierten Ansatzes, der auch die Steigerung der Energieeffizienz umfasst, den Vorzug geben, nachhaltige Investitionsprogramme fördern und unsere Energiepolitik mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region verbinden.

In unseren Aktionsprogrammen werden wir vor allem die folgenden **Aktivitäten und Maßnahmen** vorsehen:

In unseren eigenen Gebäuden und Einrichtungen werden wir innovative Projekte im Bereich erneuerbare Energien verwirklichen, um den Markt zu beleben und privaten Investorinnen und Investoren als Beispiel zu dienen. Darüber hinaus werden wir unsere Kaufkraft zur Beschaffung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen nutzen.

Wir werden unsere Bürger und Bürgerinnen über den Klimawandel und seine globalen Auswirkungen, über Energie-Effizienz und erneuerbare Energien informieren, und stellen Beratungskapazität über ihre Anwendung bereit, und fördern die Aufnahme dieser Themen in Lehrpläne, Trainings- und Lernprogramme.

Wir werden unsere Bürgerinnen und Bürger in Planung und Durchführung von Maßnahmen einbeziehen und gemeinschaftliche Investitionen sowie Beteiligungsfinanzierungen auf kommunaler Ebene initiieren und fördern.

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, mit Hilfe örtlicher Gesetze und Vorschriften dem Einsatz erneuerbarer Energieträger Vorrang zu verschaffen.

Zusätzlich zur direkten Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien in unseren Gemeinden werden wir die Entwicklung der Industrie für erneuerbare Energien in unseren Regionen fördern und Bündnisse mit ortsansässigen Firmen schließen, die sich mit der dezentralen Nutzung erneuerbarer Energien beschäftigen.

Damit unsere Bemühungen wirksamer sind, werden wir mit anderen Kommunen kooperieren und einander in regionalen, nationalen und internationalen Netzwerken sowie in Nord-Nord-, Süd-Süd- und Nord-Süd-Partnerschaften Hilfestellung leisten.

Empfehlungen an die Bonner Konferenz

Voraussetzungen für lokales Handeln: Damit unser Engagement und unsere Politik ihre Wirkung entfalten können, ist die Fähigkeit der Kommunen zu effektivem Handeln zu sichern und zu steigern. Das heißt vor allem, dass wir entsprechende Kompetenzen und Befugnisse, eine nachhaltige Finanzierung sowie gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausreichender Zahl benötigen. Nur so können wir die vielfältigen Chancen, den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern und Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu sauberer Energie aus erneuerbaren Quellen zu verschaffen, in vollem Umfang nutzen.

Rahmenbedingungen: Um wirkungsvoll handeln zu können, benötigen die Kommunen geeignete Rahmenbedingungen. Daher sollte die Bonner Konferenz feste und konkrete Verpflichtungen aller relevanten Akteure auf ehrgeizige Ziele im Bereich erneuerbare Energien, umfassende Aktionsprogramme und effektive Kontrollmechanismen hervorbringen.

Beteiligung und Einbeziehung: Gute Regierungsführung auf nationaler Ebene bedeutet auch die Einbeziehung der örtlichen Ebene. Was erneuerbare Energien anbelangt, ist man sich weitgehend einig, dass die Situation vor Ort zu beachten und die Beteiligung lokaler Interessengruppen sicherzustellen ist. Dennoch wird die Rolle der Städte und Gemeinden häufig vernachlässigt. **Insofern bitten wir, die Kommunen, nationale und internationale politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dringend darum, uns an der Ausarbeitung und Implementierung der Energiepolitik zu beteiligen und so unsere wichtige Rolle bei der Förderung und Durchführung von Investitionen in erneuerbare Energien, der Gestaltung von Infrastruktur und der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern durch Sensibilisierung und partizipative Ansätze im Gemeinwesen zu berücksichtigen.** Die Berichtspflichten für nationale Regierungen sollten dieser Rolle in angemessener Form Rechnung tragen.

Gesetzesrahmen: Energiedienstleistungen sind grundsätzlich öffentliche Dienstleistungen. Dies ist, mit Blick auf die ökologische und soziale Dimension, bei der Gestaltung von Energiemärkten zu berücksichtigen. Bestehende öffentliche Einrichtungen sollten gestärkt werden, damit sie in dem gemeinsamen Bemühen um nachhaltige Energiedienstleistungen für alle eine tragende Rolle wahrnehmen können. Der Gesetzesrahmen sollte für Transparenz auf den Energiemärkten sorgen, besonders beim Brennstoffmix und bei den Preisgestaltungssystemen.

Mittel und Mechanismen zur Finanzierung: Finanzielle Unterstützung für lokales Handeln wird dringend benötigt. Wir rufen nationale Regierungen, internationale Finanzinstitutionen und Exportkreditstellen dazu auf, vorhandene, für den Ausbau nachhaltiger Energien bestimmte Mittel aus Programmen wie dem REEF (Renewable Energy and Energy Efficiency Fund) und dem ESMAP (Energy Sector Management Assistance Programme) den Kommunen zuzuführen sowie neue Finanzierungsmöglichkeiten für Kommunen zu schaffen.

Sensibilisierung, Ausbildung und Kompetenzentwicklung: Es müssen Weiterbildungs- und Trainingsprogramme für Städte und Gemeinden geschaffen werden, am besten unter Nutzung ihrer Netzwerke, die den Informationsaustausch und den Transfer guter Praxis erleichtern.

Unsere nächsten Schritte

- Wir richten diese Erklärung an die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien 2004 und werden mit unseren Verpflichtungen und Empfehlungen auf die Konferenz und ihren Folgeprozess einwirken.
- Wir werden zur Verbreitung dieser Erklärung beitragen und so weitere Kommunen motivieren, der Erklärung ihre Verpflichtungen hinzuzufügen.
- Wir werden unser Engagement für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und für den Austausch von Informationen und Erfahrungen über erfolgreiche Strategien im Bereich erneuerbare Energien verstärken.
- Wir werden diese Erklärung um einen Anhang mit Verpflichtungen, erzielten Ergebnissen und Politikempfehlungen einzelner Kommunen und kommunaler Netzwerke ergänzen.

Dieses Papier wurde von CLIMATE ALLIANCE – KLIMA-BÜNDNIS – ALIANZA DEL CLIMA E.V. verfasst, im Namen von und in Absprache mit Kommunen aus allen Teilen der Erde, vertreten durch ihre verschiedenen Verbände und durch einzelne Städte.

Änderungs- und Ergänzungsvorschläge richten Sie bitte bis zum 28. Mai 2004 an:
Gotelind Alber, g.alber@klimabuendnis.org